

### Eine Paketlösung zur Rettung der Rentenversicherung ist möglich

*Vortrag bei der Görres-Gesellschaft in Mannheim am 27.9.2025*

Etwa 40 % der Wähler in Deutschland sind über 60 Jahre alt. Deshalb kann es in einer demokratischen Gesellschaft keine Reform gegen den älteren Medianwähler geben. Es braucht wahrlich kein Studium der Wirtschaftswissenschaften, um zu erkennen, dass bei steigender Lebenserwartung und damit zunehmender Rentenbezugsdauer das im 19. Jahrhundert konzipierte Rentenversicherungssystem nicht mehr funktionieren kann.

Heute zahlen etwa 35 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in die Rentenversicherung ein. Diese Einzahlungen werden gemäß Umlageverfahren für die Rentenzahlungen an derzeit etwa 22 Millionen Rentner weitergereicht. Das Defizit des gesamten Rentensystem beträgt im Moment 120 Mrd. €, das durch einen Bundeszuschuss aus dem Etat des Bundesarbeitsministeriums ausgeglichen wird. Große Koalitionen und Ampelkoalition haben in der Vergangenheit das Rententhema als heißes Eisen ignoriert – mit der Konsequenz steigender Beitragssätze, zunehmender Beitragsbemessungsgrenze und steigender Bundeszuschüsse.

Der demographische Wandel ist historisch einmalig. Nicht nur Deutschland und andere europäische Staaten, sondern auch Japan und China stehen vor den gleichen Schwierigkeiten. In Deutschland verlassen nach Angaben des Statistischen Bundesamts bis 2039 über 13 Millionen Erwerbstätige den Arbeitsmarkt verlassen werden: Die Steuer- und Abgabenzahler werden weniger, die Rentner werden mehr. Was tun?

Mein Vorschlag ist eine Paketlösung, die allen Beteiligten einen Beitrag abverlangt. Erstens: Die Rentner sollten mit der Sicherung der Kaufkraft ihrer Renten zufrieden sein – die Rentenzuwächse sollten sich losgelöst von der Nettolohnentwicklung an der Inflationsrate orientieren. Zweitens: Die jungen Erwerbstätigen sollten mit einem späteren Renteneintrittsalter kalkulieren. Da alle zehn Jahre die Lebenserwartung um 1 Jahr steigt, sollte die Aufteilung in 8 Monate länger arbeiten und 4 Monate längerer Rentenbezug akzeptabel sein. Drittens: Besserverdienende sollten einen größeren Beitrag leisten als Geringverdiener – der Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze sollte höher ausfallen als in der Vergangenheit. Viertens: Älteren über 60 Jahre sollte keine Fehlanreize zur Frühverrentung gesetzt werden – die Rente mit 64 muss abgeschafft werden, die Rentenabschläge bei früherem Rentenbeginn sollten erhöht werden. Ziel muss es sein, dass faktische Renteneintrittsalter von derzeit 64,7 Jahren weiter zu erhöhen. Fünftens: Rentnern sollte die Möglichkeit gegeben werden, auch beim gleichen Arbeitgeber über das bisherige Renteneintrittsalter bei großzügigen Rentenzuschlägen zu arbeiten.

Der Ton macht die Musik. Bei der Rentenpolitik darf nicht Jung gegen Alt ausgespielt werden. Die Lebensleistung von Älteren muss gewürdigt werden. Die Jungen benötigen weiterhin finanziellen Spielraum haben – und dürfen nicht durch wachsende Sozialabgaben eingeschränkt werden. Den fitten Rentnern sollten Möglichkeiten eröffnet, weiter als Fachkräfte oder Arbeitskräfte tätig zu sein (bereits heute arbeiten 13 % aller Rentner). Mit Blick auf unsere Kinder, aber auch mit Blick auf zukünftige Rentner haben wir die Pflicht, die Rentenpolitik neu aufzustellen.

*Prof. Dr. habil. Alexander Spermann lehrt Volkswirtschaftslehre an der gemeinnützigen FOM-Hochschule für Erwerbstätige in Köln und an der Universität Freiburg.*